

**Beschluss** Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

## Antragstext

- 1 Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen
- 2 historischen
- 3 Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem
- 4 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er
- 5 führt
- 6 sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa
- 7 zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen
- 8 Gesellschaften sieht
- 9 er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht
- 10 beruhende
- 11 regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat\*innen
- 12 verteidigen die
- 13 Ukrainer\*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die
- 14 Freiheit
- 15 aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf
- 16 Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben
- 17 wollen. Wir
- 18 stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir
- 19 unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen
- 20 uns selbst
- 21 und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das
- 22 Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.
- 23 Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und
- 24 leitet
- 25 dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union
- 26 und
- 27 ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression
- 28 des
- 29 Kremels reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen
- 30 Fossilien
- 31 beschleunigt. Wir werden uns dafür einsetzen, die Atomtransporte von und nach
- 32 Rußland
- 33 endgültig zu beenden. Wir leisten humanitäre Hilfe, stellen die unbürokratische
- 34 Aufnahme von
- 35 Geflüchteten sicher und bereiten unsere langfristige Unterstützung für den
- 36 Wiederaufbau der
- 37 Ukraine vor. Wir unterstützen eine umfassende Aufarbeitung der von Russland in der
- 38 Ukraine

23 begangenen Kriegsverbrechen, möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit und  
24 Verbrechen  
25 der Aggression sowie die Ahndung solcher Verbrechen durch nationale und  
26 internationale  
27 Gerichte. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat\*innen aus. Wir haben die  
28 eigenen  
29 militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den  
30 östlichen  
31 Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine  
32 und  
33 Moldau sowie die Beitrittsperspektive für Georgien gestimmt – und unterstützen die  
34 Aufnahme  
35 Finnlands und Schwedens in die NATO. Das Engagement der EU und auch  
36 Deutschlands wird  
37 gebraucht für nachhaltigen Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Menschen im  
38 Südkaukasus. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidshans auf das Kernland Armeniens.  
39 Wir  
40 stehen fest an der Seite aller Völker, die sich für den demokratischen Weg entschieden  
41 haben  
42 und prangern jeden völkerrechtswidrigen Angriff eines Landes auf ein anderes an. Wir  
43 werden  
44 alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die ukrainische Kultur, Sprache und  
45 Identität  
46 zu erhalten.

47 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn  
48 wir  
49 uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Auch  
50 bei  
51 Kooperationen mit Ländern wie China, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten  
52 oder Saudi-  
53 Arabien muss dauerhaft vermieden werden, dass eine Abhängigkeit entsteht. Und wir  
54 stellen  
55 fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist -auch  
56 für unsere Partnerstaaten. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das  
57 auch  
58 weiterhin verstärkt und beschleunigt tun, wo nötig auch aus den Beständen der  
59 Bundeswehr und  
60 der Industrie. Für uns ist entscheidend, was die Ukraine braucht. Deshalb setzen wir  
61 uns in  
62 der Bundesregierung dafür ein, dass alle NATO-Partner - Deutschland inbegriffen - die  
63 Bedarfe an Waffensystemen für die Verteidigung der Ukraine sowie zur Rückeroberung  
64  
65 annektierter oder besetzter Gebiete decken. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere  
66 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als  
67 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame  
68 Sicherheit  
69 Europas und unserer Verbündeten.

70 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht  
71 abrücken. Auch wenn militärische Mittel zur Verteidigung und Wiederherstellung des  
72 Friedens

52 und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir  
im Sinne  
53 einer feministischen Außenpolitik langfristig auch für die Prinzipien von Abrüstung,  
54 Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sowie den Vorrang des Zivilen ein.  
Feministischer  
55 Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und  
56 gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in  
der  
57 Welt sind. Unsere Bemühungen zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung  
und zur  
58 Rüstungskontrolle müssen wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In  
unserem Streben  
59 nach einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

60 Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern  
vielerorts das  
61 Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen  
drastischen  
62 Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und  
63 Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens  
geführt.

64 Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen,  
die wegen  
65 fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr  
auf 323  
66 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der  
Ukraine  
67 hinzugekommen.

68 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in  
den  
69 Staaten, die bereits durch die Klimakrise und die sozioökonomischen Folgen der Covid-  
70 Pandemie mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und erhöht das Risiko  
interner  
71 Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft zu spalten, müssen  
wir mit  
72 verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr multilateralem  
Engagement bei der  
73 Bewältigung der globalen Krisen entschieden entgegentreten – insbesondere in den  
Bereichen  
74 Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung. Denn die weltweite  
Sicherheit  
75 hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China ab, sondern von der  
Frage, wer  
76 das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller Staaten als Grundlage für die  
77 internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und verteidigt; und welche  
Staaten  
78 stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen. Als Grüne treten wir  
entschlossen  
79 für die Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass  
80 Freiheit durch Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch

81 Erniedrigung ersetzt  
82 werden.

83 Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf  
84 die

85 Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten  
86 Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und  
87 auch

88 danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer  
89 Demokratie

90 vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die  
91 menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau  
92 dieser

93 Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der  
94 globalen

95 Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung  
96 einzusetzen.

97 Russlands Teilmobilmachung darf nicht erfolgreich sein. Den jungen Männern  
98 Russlands muss

99 eine Alternative zum Kämpfen in diesem grausamen, völkerrechtswidrigen  
100 Angriffskrieg geboten

101 werden. Deswegen unterstützen wir Grüne eine schnellere und unbürokratischere  
102 Aufnahme

103 insbesondere von russischen und belarussischen Dissidenten. Aber auch Deserteuren  
104 und

105 Kriegsdienstverweigerern, die in der EU oder Deutschland Schutz suchen, muss nach  
106 einer

107 Sicherheitsüberprüfung Aufnahme gewährt werden. Erstaufnahmeländer wie Georgien,  
108 in die

109 hunderttausende Menschen aus Russland vor der Mobilmachung geflohen sind, sollten  
110 bei den

111 humanitären Herausforderungen unterstützt werden.

## 112 **Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik**

113 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt geleitet vom Konzept der menschlichen  
114 Sicherheit. Wir denken Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde  
115 und

116 Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen. Alle Menschen sollen frei von Furcht und  
117 Not

118 leben können. Wir integrieren endlich die sicherheitsrelevanten Aspekte aller Ressorts,

119 einschließlich Klimasicherheit, Ernährungssicherheit, digitale Sicherheit und die  
120 Sicherheit

121 kritischer Infrastruktur, welche militärische Landes- und Bündnisverteidigung, zivile  
122 Konfliktbearbeitung, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. Überall  
123 setzen wir

124 uns für den Vorrang der Prävention von Krisen, die Stärkung der Menschenrechte im  
125 Sinne der

126 Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Überwindung struktureller Gewalt  
127 ein.

108 Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine  
feministische  
109 Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte aller, die  
Gleichberechtigung  
110 der Geschlechter, die Überwindung struktureller Diskriminierung marginalisierter  
Gruppen,  
111 beispielsweise von Indigenen, von Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ\*, für die  
gerechte  
112 Verteilung von Macht und Ressourcen sowie ein Leben in Würde und  
Selbstbestimmung aller.  
113 Zahlreiche Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen  
Geschlechtergerechtigkeit  
114 und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden strukturellen Gewalt gegen Frauen  
und  
115 marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und umfassende  
116 menschliche Sicherheit. Deshalb machen wir uns für die vollständige Umsetzung der  
Agenda  
117 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ stark, die wir innerhalb Deutschlands und  
international  
118 vorantreiben. Dazu gehört auch, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden  
119 einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit  
und  
120 Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention von Konflikten, bei ihrer  
121 Transformation und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Deswegen  
müssen auch  
122 Vergewaltigung, Ermordung von Zivilist\*innen sowie Plünderungen als  
Kriegsverbrechen benannt  
123 und geahndet werden. Unsere Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in  
Kooperation  
124 mit feministischen Akteur\*innen ausnahmslos und institutionell verankert  
intersektional-  
125 feministisch ausgerichtet werden. Hierzu suchen wir den Schulterschluss mit  
Akteur\*innen auf  
126 der ganzen Welt.

127 Unser Handeln darf Konflikte nicht befördern oder anderen Staaten in ihrer  
nachhaltigen  
128 Entwicklung schaden. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung von  
ressortübergreifenden  
129 Mechanismen ein, durch die politische Vorhaben mit deutlichem Außenbezug vor  
deren Umsetzung  
130 auf ihre präventionsfördernde und krisenverschärfende Wirkung hin überprüft werden  
können.

131 Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der zivilen  
132 Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungspolitik, humanitärer Hilfe oder  
133 zivilgesellschaftlicher Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen  
Initiativen  
134 sowie der Friedens- und Konfliktforschung – müssen gerade angesichts der aktuellen  
Weltlage  
135 umfassend und adäquat aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für  
Konflikte

136 und gestärkte Analysefähigkeit. Vor allem die institutionelle Förderung in diesem  
137 Bereich,  
138 wie die des Zivilen Friedensdienstes oder der Deutschen Stiftung Friedensforschung  
139 brauchen  
140 eine Wachstumsperspektive. Zudem müssen wir die Verpflichtung in den Leitlinien  
141 Krisenprävention für mehr Öffentlichkeitsarbeit für Friedensförderung endlich erfüllen.  
142 Durch solche zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und  
143 damit  
144 menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert werden.  
145 Dies  
146 führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in  
147 den  
148 betroffenen Staaten und Regionen.

149 Auch Tausende Studierende und Wissenschaftler\*innen protestieren in Russland gegen  
150 den  
151 Krieg. Wir wollen sicherstellen, dass die Wissenschaftsfreiheit der ausschließlich zivil  
152 nutzbaren Forschung insbesondere für russische Exil-Wissenschaftler\*innen, die sich  
153 gegen  
154 den Krieg engagieren, sichergestellt wird.

155 In akuten Konflikten und Notsituationen müssen wir schließlich versuchen, durch  
156 rasche  
157 humanitäre Hilfe die dringendsten Sicherheitsbedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen.  
158 Das  
159 Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine sowie die zügige und umfangreiche  
160 Bereitstellung  
161 von humanitärer Hilfe in der Ukraine selbst sind dafür gute Beispiele. Das System der  
162 humanitären Hilfe ist aktuell jedoch finanziell und institutionell überfordert. Wir setzen  
163 uns international für eine Reform und bessere Finanzierung des Systems der  
164 humanitären Hilfe  
165 ein, mit dem Ziel, schneller und weitreichender agieren zu können sowie durch  
166 erhöhte  
167 Wirkungsorientierung die Grundlage für langfristige und nachhaltige Entwicklung zu  
168 schaffen.

169 Auch bei der Eindämmung der von Russland massiv verschärften Ernährungskrise hilft  
170 die  
171 Bundesregierung mit umfangreichen akuten Nahrungsmittelhilfen, der Bekämpfung  
172 von Dürren  
173 oder der Unterstützung ukrainischer Getreideexporte durch den Aufbau alternativer  
174 Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass wir die weltweite Ernährungskrise mit  
175 Klimaschutz  
176 und Biodiversität zusammen denken. Langfristig können wir die Ernährung der  
177 Weltbevölkerung  
178 nur sichern, wenn wir entschlossen gegen die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust  
179 vorgehen und zeitgleich Strategien für die globale Landwirtschaft entwickeln, um sich  
180 dem  
181 ändernden Klima adäquat anzupassen.

182 Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und  
183 bleibt die  
184 Klimakrise. Sie bedroht das Leben von Millionen von Menschen sowie Frieden und

## Stabilität

167 weltweit. Globaler Klimaschutz verhindert daher nicht nur Konflikte mit all ihren  
negativen  
168 Folgen. Fossile Energieträger, die uns in die Klimakatastrophe führen, setzen uns im  
169 Umkehrschluss auch in Abhängigkeit von autokratischen und imperialistischen  
Akteur\*innen,  
170 wodurch unsere wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume massiv  
eingeschränkt  
171 werden. Internationale Kooperation ist Grundlage für eine gemeinsame  
Klimaaußenpolitik: sie  
172 ist klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen  
Entwicklungsziele,  
173 beugt Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Klimaschutzpolitik ist Friedens-  
und  
174 Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir die Transformation hin zur Klimaneutralität  
noch  
175 verbindlicher und energischer vorantreiben – in Deutschland und weltweit.  
Feministische  
176 Außen- und Entwicklungspolitik muss mit internationaler Klimapolitik  
zusammengedacht werden.  
177 Mit Klimaaußenpolitik und Kooperation für Klimagerechtigkeit als Mittelpunkt unserer  
Politik  
178 setzen wir uns ressortübergreifend für die globale Klimaneutralität sowie die  
Bewältigung  
179 von Klimafolgen ein, um unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden und  
die Agenda  
180 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Daran ändert auch der russische  
Angriff auf die  
181 Ukraine nichts, selbst wenn kurzfristig fossile Energieträger aus anderen Ländern als  
182 Russland importiert werden müssen. Dies darf nur eine Überbrückung auf Zeit sein, bis  
wir  
183 die Abhängigkeit von fossilen Energien durch einen noch schnelleren Ausbau der  
erneuerbaren  
184 Energien beendet haben. Der 1,5-Grad-Pfad ist und bleibt Richtschnur unseres  
Handelns.  
185 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das  
blinde  
186 Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische  
187 Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir setzen daher  
auf die  
188 Diversifizierung von Lieferketten und stärken vorrangig die Partnerschaften mit  
Staaten, die  
189 unsere Werte teilen. Diese wollen wir so gestalten, dass sie unsere Interessen nicht  
190 einseitig befördern, sondern durch attraktive Angebote die Interessen der  
Partnerländer -  
191 wie lokale Wertschöpfung, faire Arbeitsplätze und nachhaltige  
Produktionsbedingungen -  
192 berücksichtigen, um so langfristig stabile Allianzen zu schmieden.  
193 Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und Partnerschaften  
haben

194 uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen Frieden in der Europäischen  
195 Union  
196 gebracht. Um diesen zu sichern, braucht es auch gut ausgestattete, interoperable,  
197 bündnis-  
198 und europafähige und stärker integrierte Streitkräfte. Diese halten nicht nur  
199 potenzielle  
200 Aggressoren von Angriffen ab. Als Partei haben wir in unserer Geschichte auch gelernt,  
201 dass  
202 in einzelnen Fällen die Unterlassung militärischen Beistands zu weit größerem Leid  
203 führen  
204 kann. Die Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio. Militär bringt niemals  
205 die  
206 Lösung, kann jedoch ein Zeitfenster für politische Lösungen und die zivile  
207 Konfliktbearbeitung schaffen.

208 Im Sinne der menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten  
209 wir uns,  
210 Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden  
211 wir eine  
212 Kombination aus Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und  
213 Krisennachsorge bzw.  
214 Wiederaufbau an.

215 Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs greift ein Sondervermögen für die  
216 Bundeswehr allein zu kurz. Es braucht zusätzliche Anstrengungen in der  
217 gesamtstaatlichen  
218 Sicherheitsvorsorge. Wir setzen uns daher weiterhin für den Ausbau der Kapazitäten  
219 für  
220 zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Diplomatie, Friedens- und  
221 Konfliktforschung, humanitäre Hilfe, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie  
222 für  
223 Stabilisierung und Entwicklungspolitik ein. Dabei halten wir an der Zielsetzung aus  
224 dem  
225 Koalitionsvertrag fest, dass die Ausgaben im Maßstab 1:1 zum Anstieg der  
226 Verteidigungsausgaben erhöht werden sollen. Das Sondervermögen für die  
227 Bundeswehr muss  
228 jedoch so ausgestaltet werden, dass die Bundeswehr ihren Beitrag zur Landes- und  
229 Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und EU besser und unter neuen Vorzeichen  
230 auch  
231 schneller leisten kann. Das Sondervermögen für die Bundeswehr darf nicht zu einer  
232 haushalterischen Einschränkung für den prioritär notwendigen Investitionsbedarf zum  
233 sozial-  
234 ökologischen Umbau unserer Gesellschaft führen.

235 Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören neben der  
236  
237 Ertüchtigung von Partnerstaaten auch gesamtstaatliche Maßnahmen wie die Erhöhung  
238 der  
239 Cybersicherheit, die Stärkung von Infrastrukturen und Versorgungsstrukturen, der  
240 Abbau  
241 bürokratischer Hemmnisse und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Eine ausreichende  
242 Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von  
243

großer  
224 Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz unserer  
Gesellschaft  
225 in den Blick zu nehmen.

226 Zurecht wurde in den vergangenen Jahren immer wieder eindringlich auf die  
Notwendigkeit  
227 hingewiesen, als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie insbesondere dem  
aggressiven Agieren  
228 Russlands im Digitalen entschlossen zu begegnen. Hier sind große Defizite entstanden,  
die  
229 nun angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung von  
Russlands  
230 Unterstützung extremistischer Kräfte in demokratischen Staaten sowie von bewusst  
lancierter  
231 Desinformation mit dem Ziel, demokratische Gesellschaften zu spalten. Auch die  
Abwehr  
232 weitreichender IT-Angriffe auf Einzelpersonen, Unternehmen und demokratische  
Institutionen  
233 gehört dazu. Es braucht deshalb jetzt eine konsequente Um- und Durchsetzung des  
Digital  
234 Services Act.

235 Die zahlreichen, im Koalitionsvertrag verankerten Projekte zur Stärkung von Resilienz  
gilt  
236 es, schnellstmöglich umzusetzen. Dazu gehört unser Einsatz für unabhängige, gut  
237 ausgestattete Aufsichtsbehörden sowie für die stärkere Verzahnung der verschiedenen  
zivilen  
238 Akteur\*innen aus den Bereichen IT-Sicherheit (u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der  
Informationstechnik, BSI) und Zivilschutz (u.a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz,  
BBK).  
240 Das große gesellschaftliche Knowhow in diesem Bereich sollte dabei sehr viel stärker  
als  
241 bisher eingebunden werden, bspw. durch die Schaffung eines beim Technischen  
Hilfswerk (THW)  
242 angesiedelten „Cyberhilfswerks“.

243 Freier und offener Software sowie einer von monopolartigen Strukturen unabhängigen  
244 Verwaltung kommt eine immens wichtige Bedeutung zu. Einrichtungen wie das  
Zentrum für  
245 Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) müssen weiter gestärkt  
werden.  
246 Insgesamt müssen wir bei der IT-Sicherheit von einem rein reaktiven Vorgehen  
wegkommen, das  
247 erst greift, wenn Angriffe erfolgreich waren und diejenigen noch bestraft, die Opfer  
wurden.  
248 Stattdessen müssen wir proaktiv in die Härtung digitaler Infrastrukturen investieren  
und  
249 hierbei beste IT-Sicherheitstechnik zum Standard machen. Diejenigen, die von sich aus  
in  
250 gute IT-Sicherheit investieren wollen, müssen staatlicherseits sehr viel stärker als  
bisher

251 auch finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch vereinfachte  
Abschreibungsmodalitäten  
252 oder Steuererleichterungen. Schließlich ist es geboten, den staatlichen Handel mit  
253 Sicherheitslücken schnellstmöglich zu beenden. Denn werden solche Lücken nicht  
konsequent  
254 innerhalb eines rechtsstaatlichen Verfahrens geschlossen, stehen sie immer auch  
kriminellen  
255 Dritten und den Geheimdiensten nicht befreundeter Staaten offen.  
256 Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den  
enormen  
257 friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen.  
Dieses breite  
258 Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der  
259 Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für  
eine  
260 Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.

### 261 **Das Friedensversprechen der Europäischen Union erneuern**

262 Die Europäische Union ist unsere Garantie für Frieden – ihr Versprechen wollen wir  
erneuern.  
263 Sie hat als Raum der Sicherheit und Freiheit, der Demokratie und des Rechts weiterhin  
eine  
264 große Strahlkraft. Sie ist Leitstern für Demokrat\*innen in der Westbalkanregion, in der  
265 Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Georgien, Belarus und für viele Menschen in  
anderen  
266 Ländern. Sie bleibt Hoffnungsträgerin für die Zusammenarbeit und Partnerschaften mit  
den  
267 Zivilgesellschaften, die sich überall auf der Welt für Menschenrechte einsetzen und  
sich ein  
268 Leben frei von Unterdrückung, Korruption und Willkür wünschen. Eine starke und  
269 handlungsfähige EU ist unser zentraler und unverzichtbarer Referenzrahmen für die  
270 Verteidigung unseres internationalen Zusammenlebens, für den Schutz von Menschen  
weltweit,  
271 aber auch für die vielen globalen Konflikte und Krisen, deren Bewältigung unser Ziel  
sein  
272 muss.  
273 Wir begrüßen den neuen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik  
Moldau  
274 sowie die Beitrittsperspektive für Georgien. Wir wollen diese Staaten, genau wie die  
275 verbleibenden Länder des Westbalkans, mit neuem Engagement auf ihrem Weg in die  
EU  
276 unterstützen.  
277 Die Europäische Union reagiert und agiert in der Krise gemeinsam und mit Stärke. Wir  
sehen  
278 jedoch auch, dass wir jetzt keine Zeit verlieren dürfen, diese Stärke weiter  
auszubauen, um  
279 die Souveränität der EU voranzubringen und die auf den Prinzipien der UN-Charta  
basierende  
280 internationale Ordnung zu verteidigen. Die EU ist nun gefordert, ihr

Friedensversprechen zu  
281 erneuern – und die Demokratie und den Frieden in ihrer direkten Nachbarschaft  
entschieden zu  
282 verteidigen.

283 Wir stehen im gesellschaftspolitischen und systemischen Wettbewerb mit den  
autokratischen,  
284 demokratieverachtenden und das Recht des Stärkeren verherrlichenden Regimen  
unserer Zeit.  
285 Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine handlungsfähigere EU.  
Deshalb gehört  
286 die Intensivierung der geplanten EU-Erweiterungen verbunden mit institutionellen  
Reformen zu  
287 den jetzt anstehenden Aufgaben. Damit können wir angesichts des fortschreitenden  
Krieges  
288 gewährleisten, dass unsere Sicherheit ebenso gewahrt bleibt wie die politische und  
289 wirtschaftliche Stabilität der EU. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf  
diese  
290 Faktoren müssen wir im Blick haben. Auch deshalb müssen wir die negativen sozialen  
und  
291 wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der  
EU  
292 bestmöglich abfedern.

293 Die durch breite Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft  
Europas  
294 liefern für die Reform der EU wichtige Anstöße, die wir weiterverfolgen wollen:  
295 Energieunabhängigkeit, mehr Investitionen in engagierten Klimaschutz, eine bessere  
IT-  
296 Sicherheit und erhöhte Resilienz unserer Gesellschaften, strategische Souveränität,  
297 Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr integrierte  
gemeinsame  
298 Streitkräfte zur Selbstverteidigung, ein Initiativrecht für das EU-Parlament sowie der  
299 Schutz und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit – all das sind konstruktive Vorschläge für  
eine  
300 handlungsfähigere und strategisch souveränere EU. Sie gilt es nun, ernsthaft zu  
prüfen,  
301 weiterzuentwickeln und entschlossen voranzubringen.

302 Die Tür für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union muss für alle Staaten mit  
303 Beitrittsperspektive offen bleiben. Hebel der EU für tiefgreifende Reformen in den  
304 Kandidatenländern dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Und auch die  
bewährten  
305 Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stehen nicht zur  
Disposition:  
306 Vielmehr gilt es für die EU, auch vor dem Hintergrund des künftigen Jubiläums der  
Konferenz  
307 für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Geist und Wort der Schlussakte von  
Helsinki und  
308 der Charta von Paris zu bekräftigen und die Organisation für Sicherheit und  
Zusammenarbeit  
309 in Europa (OSZE) zu stärken. Die OSZE bietet – trotz ihres Reformbedarfs - mit ihren 57

310 Teilnehmerstaaten eine wichtige Basis für staatenübergreifende Kooperation.  
Langfristig geht  
311 es darum, eine nachhaltige europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur  
aufzubauen.

312 Die EU ist nach außen vor allem dann glaubwürdig, wenn sie die Integrität unserer  
Werte und  
313 Normen auch nach innen schützt. Dazu gehört auch die Wahrung der Rechte von  
Frauen und  
314 queeren Menschen. Diese ist ein Gradmesser für Demokratie. Wir wollen die  
europäische  
315 Rechtsstaatlichkeit durch eine Rechtsstaatskommission oder eine Europäische  
316 Staatsanwaltschaft stärken und den Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta  
auf nationales  
317 Recht ausweiten, damit alle EU-Bürger\*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte  
erhalten.

318 Der Abbau von Grundrechten und -freiheiten darf weder belohnt noch ignoriert  
werden. Wir  
319 begrüßen daher die überfällige Aktivierung des Konditionalitätenmechanismus als  
eines der  
320 Instrumente zum Schutz der europäischen Rechtsstaatlichkeit, das konsequent  
angewendet  
321 werden muss. Effektive Instrumente zum Schutz der Grundprinzipien der EU sind  
heute – neben  
322 institutionellen Reformen – umso wichtiger, als dass der russische Angriffskrieg das  
323 entschiedene Vorgehen gegen Rechtsstaats- und Demokratiedefizite einiger EU-Länder

324 erschweren könnte, wenn einstimmige sicherheitspolitische Entscheidungen der EU-  
325 Mitgliedsstaaten notwendig sind. Deshalb gilt es, den Moment zu nutzen, und mutig  
und  
326 entschlossen die Handlungsfähigkeit der EU auszubauen – zur Not auch, indem im  
Rahmen der  
327 Verstärkten Zusammenarbeit einzelne Staaten gemeinsam vorangehen.

328 Zur Glaubwürdigkeit der EU gehört auch ein menschenrechtskonformer Umgang mit  
Geflüchteten  
329 an den EU-Außengrenzen, sowie eine menschenwürdige, gesamteuropäische Asyl- und

330 Einwanderungspolitik. Trotz jahrelangen Diskussionen und vielen Versprechungen ist  
der  
331 Umgang mit Geflüchteten an den Außengrenzen immer noch unwürdig und  
rechtswidrig. Deswegen  
332 werden wir unsere Möglichkeiten in Kommunen, Ländern und auf Bundes- und  
Europaebene nutzen,  
333 um diese unwürdige Situation ohne weitere Verzögerungen zu beenden. Asylverfahren  
müssen  
334 innerhalb der EU durchlaufen werden und alle Asylanträge inhaltlich geprüft werden.  
335 Menschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen, Nichteinreisefiktionen  
oder  
336 europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab. Wir setzen uns weiterhin  
innerhalb der  
337 Bundesregierung und der EU für eine europäisch getragene und staatlich koordinierte

338 Seenotrettung ein. Wir stellen uns gegen eine Politik, die mit  
339 Menschenrechtsverletzungen in  
340 der europäischen Nachbarschaft eine Abschottungspolitik umsetzen will. Die  
341 Kriminalisierung  
342 von Seenotretter\*innen wollen wir verhindern. Illegale Pushbacks nationaler  
343 Grenzpolizeien  
344 oder ihre Unterstützung beziehungsweise Duldung durch die europäische  
345 Grenzschutzbehörde  
346 Frontex darf es nicht geben. Sie müssen sofort beendet und zukünftig effektiv  
347 verhindert  
348 werden. Verstöße müssen lückenlos und transparent aufgeklärt sowie konsequent  
349 geahndet  
350 werden, etwa durch die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU-  
351 Kommission gegen verantwortliche Mitgliedstaaten. Mit Blick auf die in der EU  
352 ankommenden  
353 Menschen treten wir im Sinne einer fairen Verantwortungsteilung für eine  
354 Weiterentwicklung  
355 des Malta-Mechanismus ein. Außerdem wollen wir die Aufnahme aus dem  
356 Resettlement-Programm  
357 des UNHCR deutlich ausbauen, um sichere Fluchtwege aus Ländern wie Libyen zu  
358 schaffen.

349 Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit ukrainischer  
350 Staatsbürgerschaft in der  
351 EU ist beispielhaft und zeigt, dass es auch anders gehen kann. Massenlager und  
352 humanitäre  
353 Notlagen an den Außengrenzen konnten trotz der hohen Zahl an Geflüchteten aus der  
354 Ukraine  
355 verhindert werden. Die in dieser Notsituation angewendeten Lösungsansätze müssen  
356 für die  
357 zukünftige EU-Migrationspolitik eine Blaupause sein. So überwinden wir endlich die  
358 Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.

### 355 **Für Kooperation und Multilateralismus auch in Zeiten des Konflikts**

356 Globale Zusammenarbeit ist angesichts globaler Herausforderungen so notwendig wie  
357 nie.  
358 Gleichzeitig wird Kooperation im Angesicht multipler Krisen schwieriger; die Welt droht  
359 an  
360 globaler Governance zu verlieren. Wir müssen deshalb bestehende  
361 Kooperationsansätze  
362 europäisch denken, stärken und weiterentwickeln.

360 Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere  
361 Sicherheit.  
362 Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darf  
363 jedoch  
364 nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses hinwegtäuschen. Es gilt, den  
365 demokratischen  
366 europäischen Pfeiler in der neuen, erweiterten NATO zu stärken. Die EU und ihre  
367 Mitgliedstaaten übernehmen mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung.  
368 Das gilt  
369 insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der

baltischen  
366 Staaten und Polens. Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt dabei  
zentraler  
367 Stützpfeiler unserer und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Stärke  
unserer  
368 Werte- und Verteidigungsgemeinschaft misst sich auch an der in ihr gelebten  
Demokratie,  
369 Rechtsstaatlichkeit und überzeugend umgesetztem Multilateralismus. Wir setzen uns  
für den  
370 weltweiten Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler  
Rechtsnormen, globale  
371 Rüstungskontrolle, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer  
372 verantwortungsbewussten Handelspolitik ein. Die wiederholten völkerrechtswidrigen  
373 Interventionen der Türkei gegen die Kurd\*innen in Syrien und im Irak wie auch der  
Abbau der  
374 eigenen Rechtsstaatlichkeit sind mit dem Anspruch der NATO als Wertebündnis nicht  
vereinbar.

375 Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des  
Multilateralismus.  
376 Wir wollen sie weiter stärken und schützen. Die UN-Institutionen versorgen weltweit  
377 Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und  
Gesundheitsleistungen  
378 zu Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in  
dem die  
379 wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Gleichzeitig sind sie schon  
lange  
380 reformbedürftig. Der Sicherheitsrat ist infolge des Missbrauchs des Vetorechts  
insbesondere  
381 durch Russland und China in vielen zentralen Fragen blockiert, was eine konstruktive  
382 Bearbeitung von Konflikten etwa in Libyen oder im Jemen, in Afghanistan oder Syrien  
383 erheblich erschwert – und zu teils schwerem menschlichem Leid führt. Als Antwort auf  
diese  
384 Blockade hat die UN-Generalversammlung mit der Verurteilung des russischen  
Angriffskrieges  
385 auf die Ukraine durch 141 Mitglieder gezeigt, wozu sie im Krisenfall durch Kooperation  
in  
386 der Lage ist.

387 Wir unterstützen Reformideen und Mechanismen wie die in der Resolution 377 der UN-  
388 Generalversammlung „Uniting for Peace“ festgeschriebene Möglichkeit, im Fall einer  
Blockade  
389 Empfehlungen für Kollektivmaßnahmen an seine Mitglieder auszusprechen. Die  
Beschlüsse der  
390 Generalversammlung verleihen notwendigen Maßnahmen auch im Fall eines Vetos  
durch ein  
391 Sicherheitsratsmitglied Legitimation. Deutschland muss im EU-Rahmen ein Mittler und  
ein  
392 verlässlicher Geldgeber der Vereinten Nationen sein. Zudem muss es sich verstärkt an  
393 Blauhelm-Missionen der UN beteiligen. Auch in den Vereinten Nationen muss die  
gemeinsame  
394 europäische Stimme stärker werden.

395 Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn  
die Vereinten  
396 Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Menschenrechte, die UN-  
Konventionen  
397 sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und  
inklusiven  
398 internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und  
G-20, die  
399 NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung  
flexibler  
400 Koalitionen, Kontaktgruppen und Allianzen sollte aber auch in bestehende  
Partnerschaften und  
401 Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für  
402 Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

403 Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie Wissenschaftsdiplomatie  
404 gewinnen angesichts geopolitischer Krisen massiv an Bedeutung. Sie tragen  
maßgeblich dazu  
405 bei, durch Bildungs- und Forschungskooperationen und wissenschaftliche Expertise  
große  
406 globale Herausforderungen zu bewältigen, kulturelle Brücken zu bauen und positiv in  
die  
407 Zivilgesellschaft zu wirken. Somit können sie friedensfördernde Effekte entfalten. Sie  
408 müssen daher ein zentraler Aspekt der deutschen Außenpolitik sein. Der Deutsche  
Akademische  
409 Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Goethe Institut und die  
deutsche  
410 UNESCO-Kommission leisten von Schutzprogrammen für bedrohte  
Wissenschaftler\*innen und  
411 Studierende über Sprachkurse und Austauschprogramme bis hin zu Stipendien für  
internationale  
412 Spitztalente einen essenziellen Beitrag für eine aktive und zielgerichtete  
413 Außenwissenschaftspolitik. Die Finanzierung der Mittlerorganisationen der Auswärtigen

414 Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik muss, wie im Koalitionsvertrag vereinbart,  
415 verlässlich erhöht, statt gekürzt zu werden. Da sich globale Probleme nur gemeinsam  
lösen  
416 lassen, fördern wir die europäische sowie internationale Vernetzung und  
Zusammenarbeit in  
417 Studium, Forschung und Lehre auch durch eine Weiterentwicklung der  
418 Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung und des Strategiepapiers  
"Science  
419 Diplomacy" des Auswärtigen Amts. Dazu gehört auch eine bessere Verzahnung von  
bildungs- und  
420 außenpolitischen Handlungen. Institutionelle Kooperationen allein - zum Beispiel im  
421 Europäischen Hochschulraum - führen nicht automatisch zu Annäherung.  
Wissenschaftsdiplomatie  
422 muss deswegen dazu beitragen, Menschenrechte, Demokratieförderung und die  
Freiheit von  
423 Forschung und Lehre ins Zentrum von Kooperationen zu rücken.

424 Wir wollen, dass in Deutschland die akademische Forschung und Lehre zur Ukraine  
und dem  
425 Verflechtungsraum Östliches Europa deutlich gestärkt und ausgebaut wird, sowie  
Programme zur  
426 zivilgesellschaftlichen, kulturellen und kommunalen Zusammenarbeit mit der Ukraine  
besonders  
427 gefördert werden.

428 **Autokraten entschieden begegnen**

429 Von autokratischen Staaten und Bewegungen gehen weltweit Gefahren für  
Menschenrechte,  
430 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus. Vor allem diejenigen, die auch  
imperialistische  
431 Bestrebungen verfolgen, missachten die Regeln der Kooperation und bedrohen die  
432 internationale Rechtsordnung. Zudem besteht bei solchen Akteur\*innen ein hohes  
Risiko, dass  
433 sie durch ihr Agieren zwischenstaatliche Spannungen einschließlich Risiken für unsere  
eigene  
434 Sicherheit erzeugen sowie schwierige Hindernisse für die Bewältigung gemeinsamer  
globaler  
435 Aufgaben schaffen.

436 Vor diesem Hintergrund müssen wir die Kooperationen mit Demokratien weltweit  
stärken und uns  
437 besser vor Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und unserer Sicherheit  
wappnen. Es kann  
438 bei Regelbrecher\*innen keine Rabatte geben. Und zu den Regeln gehören die  
universellen  
439 Menschenrechte, das Gewaltverbot der UN-Charta und die staatliche Souveränität. Zur  
Achtung  
440 dieser Normen bauen wir auch auf Gerichte wie den Internationalen Strafgerichtshof  
und den  
441 Internationalen Gerichtshof und setzen uns deshalb bei unseren Partner\*innen für eine  
442 Anerkennung dieser wichtigen Institutionen ein. Denn sowohl Einzelpersonen als auch  
Staaten  
443 müssen für Verstöße zur Verantwortung gezogen werden.

444 Das Paradigma „Wandel durch Handel“ ohne klare Bedingungen ist gescheitert. Unsere  
445 Wirtschaftsaußenpolitik muss kohärent zu unseren außen- und entwicklungspolitischen  
Zielen  
446 und Leitlinien sein. Daraus folgt, dass wir eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens  
nur  
447 mit umsetzbaren, überprüfbaren und rechtlich verbindlichen Verpflichtungen zum  
Umwelt-,  
448 Sozial- und Menschenrechtsschutz befürworten, und wenn wirksame  
Zusatzvereinbarungen zum  
449 Schutz der Amazonas-Wälder abgeschlossen sind. Wir setzen uns ebenso für einen  
Ausstieg aus  
450 dem Energiecharta-Vertrag ein, weil der darin enthaltene Investitionsschutz Gefahr

läuft,  
451 den Ausstieg aus fossiler Energie und unsere Klimapolitik zu behindern.  
452 Wir sind gefragt, autokratischen Staaten gegenüber unterschiedliche  
Kooperationsangebote  
453 nach Themenfeldern anzubieten, diese regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf  
menschliche  
454 Sicherheit zu evaluieren und bei Bedarf Konsequenzen zu ziehen. Der Klimaschutz als  
455 Menschheitsaufgabe verpflichtet zur größtmöglichen Kooperation weltweit. Aber auch  
dann  
456 müssen Menschenrechtsverstöße und sie begünstigende Faktoren angesprochen und  
auf ihre  
457 Beseitigung hingearbeitet werden. Sektorale Abhängigkeiten müssen wir durch  
458 Diversifizierung entgegentreten, unsere Lieferketten aktiv resilienter, gerechter und  
459 europäischer aufstellen.  
460 Die Abhängigkeit von russischem Gas schränkt unsere heutigen  
Reaktionsmöglichkeiten auf  
461 diesen Krieg erheblich ein. Nord Stream 2 hätte nie gebaut werden dürfen. Denn das  
Projekt  
462 war nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch europa- und geopolitisch  
falsch. Die  
463 heutige Lage belegt einmal mehr, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und alle  
464 Anstrengungen für mehr Klimaschutz eine zentrale Dimension von Sicherheitspolitik  
465 darstellen.  
466 Das revisionistische Russland unter Wladimir Putin stellt eine Bedrohung der Sicherheit  
und  
467 Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind  
zu  
468 Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur  
Eskalationsvermeidung und  
469 Transparenz der Beziehungen bereit. Wir sind immer zu einem Dialog mit Russland  
bereit, doch  
470 Russland hat sich bis zuletzt einem fairen Dialog verweigert. Ein Partner wird Russland  
für  
471 uns künftig nur in dem Maße sein können, wie es sich an internationales Recht hält.  
Dabei  
472 treten wir für die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder ein und lehnen  
die  
473 imperiale Idee von Einflusszonen ab. Einer Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren  
setzt,  
474 setzen wir die Herrschaft des Rechts entgegen. Wir zeigen uns solidarisch mit  
denjenigen,  
475 die der zunehmenden Unterdrückung des Kreml trotzen und sich für ein Russland  
einsetzen, das  
476 Frieden, Völkerrecht und Menschenrechte respektiert, anstatt sie mit Füßen zu treten."  
477 Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik berühren unsere  
Werte und  
478 Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert in vielen Bereichen die  
internationale  
479 Rechtsordnung. Die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Hongkong, die

aggressiven

480 Drohungen gegen Taiwan, die schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die  
Uigur\*innen und die  
481 aggressive Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China  
versucht  
482 zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von Abhängigkeiten zu  
nutzen.  
483 Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir auch national unsere  
Abhängigkeiten  
484 überprüfen und auf eine europäische Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung  
setzen.  
485 Im Rahmen der europäischen Ein-China-Politik wollen wir die wirtschaftliche und  
politische  
486 Zusammenarbeit mit Taiwan zum Nutzen beider Seiten intensivieren. Dazu gehören  
ein Abkommen  
487 über resiliente Lieferketten und ein bilaterales Investitionsabkommen. Wir betonen,  
dass  
488 eine Änderung des Status Quo in der Taiwanstraße nicht einseitig und nicht gegen den  
Willen  
489 der Bevölkerung Taiwans stattfinden darf. Wir unterstützen Taiwans relevante  
Beteiligung an  
490 der Arbeit internationaler Organisationen wie der WHO, WHA, ICAO oder Interpol.  
Unter  
491 Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur  
Zusammenarbeit mit  
492 China bereit und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

493 Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine  
gemeinsame  
494 autokratische Haltung auf, die die völkerrechtlich verbrieft Gleichberechtigung aller  
495 Staaten ablehnt. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir verstärkt in unsere  
Partnerschaften  
496 investieren – gerade auch mit Ländern Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und im  
asiatisch-  
497 pazifischen Raum. Dazu zählt die Initiative Global Gateway der EU-Kommission.  
Einseitige  
498 wirtschaftliche Abhängigkeiten wollen wir durch gemeinsame europäische Resilienz-  
Politik  
499 überwinden. Gegen Autoritarismus bleiben Demokratieförderung, insbesondere  
Maßnahmen zur  
500 Ausweitung von Räumen für die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung von Korruption und  
501 Nepotismus sowie die konkrete Solidarität für Menschenrechtsverteidiger\*innen  
notwendig.  
502 Eine demokratische Front für die Schaffung von Regularien, um autokratische Mächte  
auch in  
503 ihrer digitalen Kriegsführung in die Schranken zu weisen, ist Teil davon.

#### 504 **Neue Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

505 Der Vorrang für Abrüstung, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle war, ist und  
bleibt das  
506 zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle  
507 Waffensysteme, ob nuklear, konventionell oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler

und  
508 internationaler Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit  
befeuern,  
509 sowie die Herausforderungen durch die Erosion von Abrüstungs- und  
Rüstungskontrollverträgen  
510 und technologischer Entwicklungen – von neuartigen Waffensystemen, über den  
Cyberbereich bis  
511 hin zur militärischen Nutzung des Weltraums. Daher wollen wir gerade in unsicheren  
Zeiten  
512 die Rüstungskontrolle – auch für digitale Güter – stärken, Abrüstungsinitiativen  
513 wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen und auch nicht staatliche Akteure in  
den Blick  
514 nehmen. Die Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss  
im Zentrum  
515 unserer Bemühungen bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland  
einen  
516 Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der  
enormen  
517 Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein  
Nachfolgeabkommen zum  
518 New-START-Vertrag einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konkrete,  
materielle  
519 Unterstützung der Opfer von Atomwaffentests in der aktuellen Legislaturperiode ein.  
Das Ziel  
520 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

521 Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive, transparente und  
522 verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Gerade nach alle den Jahren des  
maßlosen  
523 Drangs der Großen Koalition mit Genehmigungen in Rekordhöhe an Staaten, die keine  
524 Wertepartner sind, ist ein Neuanfang überfällig. Für uns sind Rüstungsexporte kein  
525 Instrument der Industriepolitik. Wir wollen ein restriktives  
Rüstungsexportkontrollgesetz,  
526 das insbesondere Transparenz über die erteilten Genehmigungen und ihre jeweilige  
inhaltliche  
527 Begründung, sowie über die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen und  
Rüstungsgütern schafft.

528

529 Auf EU-Ebene werden wir uns dafür einsetzen, ein verbindliches Regime zur  
europäischen  
530 Waffenexportkontrolle für gemeinsame Rüstungskooperationen zu schaffen, das im  
Einklang mit  
531 den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU steht. In der schwersten  
Sicherheitskrise  
532 Europas seit Jahrzehnten sind Europäische Kooperation und Verlässlichkeit unter  
Verbündeten  
533 ein hohes Gut. Unsere von Werten geleitete Außenpolitik steht vor einem Dilemma:  
Auf der  
534 einen Seite wollen wir eine vertiefte Rüstungskooperation mit unseren europäischen  
Partnern  
535 im Einklang mit unseren Werten, auf der anderen Seite wird bis zu einer restriktiven  
536 europäischen Rüstungsexportpolitik noch viel Überzeugungsarbeit nötig sein.

537  
538 Bündnis 90/Die Grünen werden diese Debatte nutzen, um uns bei der Formulierung  
des  
539 Rüstungsexportkontrollgesetzes für eine Reform von europäischen  
Gemeinschaftsprojekten im  
540 Rüstungsbereich einzusetzen. Forderungen nach Lockerungen der restriktiven  
Regelungen bei  
541 Gemeinschaftslieferungen erteilen wir eine Absage. Wir wollen gemeinsame  
europäische  
542 Entscheidungen für Rüstungsexporte auf Basis einer gemeinsamen Einschätzung der  
543 Sicherheitslage und europäischer Werte. Wir wollen keinen Wettlauf um die niedrigsten  
  
544 Menschenrechtsstandards bei der Genehmigungspraxis. Es braucht zudem einen  
regelmäßigen,  
545 unabhängigen und transparenten Review-Prozess der Bundesregierung zur  
Sicherheits- und  
546 Menschenrechtspolitik in den Empfängerstaaten und einen Review der geschlossenen  
Alt-  
547 Verträge.  
  
548 Die Regierung von Saudi-Arabien begeht nachweislich massive  
Menschenrechtsverletzungen und  
549 ist Kriegspartei im Jemen-Krieg. Deswegen lehnen wir jegliche Rüstungsexporte an  
Saudi-  
550 Arabien ab. Wir streben auch einen europäischen Rüstungsexportstopp für Saudi-  
Arabien und  
551 ein europäisches Waffenembargo gegenüber anderen Staaten an, solange diese  
nachweislich  
552 unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die von Saudi-Arabien geführte Koalition  
hat in  
553 den vergangenen Jahren tausende Luftangriffe im Jemen geflogen und damit und mit  
der  
554 Blockade des Landes zu einer der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit  
beigetragen.  
555 Unter anderem der Druck der internationalen Gemeinschaft auf Saudi-Arabien hat in  
letzter  
556 Zeit zu einem Ende der gezielten Bombardements von ziviler Infrastruktur geführt.  
  
557 Die Weigerung der Huthi-Milizen, die Waffenruhe im Jemen zu verlängern, ist ein Grund  
zu  
558 großer Beunruhigung. Der internationale Druck auf alle Kriegsparteien muss aufrecht  
erhalten  
559 werden, die Priorität muss ein Waffenstillstand mit dem Ziel eines dauerhaften  
Friedens  
560 bleiben. Die Jemen-Klausel des Koalitionsvertrags gilt.  
  
561 Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht im Völkerrecht  
(kodifiziert u.a.  
562 in Art. 51 der UN-Charta) für uns als Friedenspartei, dass Staaten, die bedroht oder  
563 angegriffen werden, auch mit der Lieferung von Waffen unterstützt werden können.  
Deshalb  
564 werden wir die Ukraine solange es notwendig ist unterstützen. Von der  
565 nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bis zur Lieferung von schweren Waffen

werden wir uns

566 dafür einsetzen, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, ihr Land auch weiterhin zu  
567 verteidigen und durch Russland eroberte oder völkerrechtswidrig annektierte Gebiete  
568 zurückzugewinnen. Es sind entscheidende Monate für die Menschen in der Ukraine  
und für die  
569 Ordnung auf unserem Kontinent. Davon unberührt müssen Exporte von Waffen, die zur  
Verletzung  
570 von Menschenrechten, für politische Aggressionen und diktatorische Repressionen  
eingesetzt  
571 werden, unterbunden werden, denn sie gefährden die Sicherheit und den Frieden  
weltweit.  
572 Gleichzeitig muss ausgeschlossen werden, dass Rüstungsgüter, die wir heute liefern,  
in  
573 Zukunft in die falschen Hände geraten. Bei Exporten sollen darum strenge,  
verbindliche und  
574 differenzierte Endverbleibs- und Post-Shipment-Kontrollen gesetzlich fest- und  
575 vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für digitale Überwachungstools, beispielsweise  
576 identifizierende Gesichtserkennungssoftware, die es autokratischen Regierungen  
ermöglichen,  
577 unliebsame Aktivist\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen, Medienschaffende oder  
578 Minderheiten zu verfolgen.

579 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können und die  
Einsatzfähigkeit der  
580 Bundeswehr zu erhöhen, müssen das Beschaffungswesen reformiert,  
Beschaffungsmaßnahmen  
581 beschleunigt und substanzielle Strukturmaßnahmen in Bundeswehr und Verwaltung  
zur Förderung  
582 von Agilität und Effizienz umgesetzt werden. Das beschlossene  
583 Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere  
Schritte  
584 in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem  
Hintergrund ist  
585 auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von  
Bedeutung, um die  
586 Voraussetzungen für die materielle Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis- und  
587 Landesverteidigung sowie des verteidigungsbedingten Bedarfs unserer Partner zu  
schaffen.  
588 Dazu gehören insbesondere Planbarkeit und die Konsolidierung der europäischen  
589 Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn  
nationale  
590 Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise, sondern auch für eine geringe  
Kompatibilität  
591 und Interoperabilität zwischen den Streitkräften.

592 **Für eine gesicherte und gerechte Welternährung - eine Strukturpolitik gegen**  
593 **die globalen**  
594 **Krisen**

594 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die bereits bestehenden globalen  
Krisen noch  
595 weiter verschärft. Der Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und Russland  
offenbart

596 die Abhängigkeiten insbesondere der Länder des Globalen Südens von  
Nahrungsmittelimporten  
597 und verstärkt die Hungerkrise. Auch die Verschuldungskrise nimmt ihnen fiskalischen  
598 Spielraum, um angemessen auf die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, auf  
die  
599 Auswirkungen der Klimakrise oder Pandemien reagieren zu können. Dringend nötige  
600 Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele  
für  
601 nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter  
anderem  
602 für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende bleiben somit auch wegen dieser  
Dynamiken aus.  
603 Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir die Polykrisen unserer Zeit  
gemeinsam  
604 mit unseren Partner\*innen effektiv bekämpfen, Ungleichheiten abbauen und resiliente  
sowie  
605 demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik  
verstehen wir  
606 als eine gerechte und geostrategische Strukturpolitik. Feministische  
Entwicklungspolitik  
607 setzt dabei an den Ursprüngen der Ungleichheit an: den ungleichen  
Machtverhältnissen  
608 zwischen den Geschlechtern, sozialen Normen und Rollenbildern.

609 Unser koloniales Erbe mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen  
einzusetzen  
610 und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem  
611 Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechteres  
612 Stimmverhältnis zu sorgen.

613 Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit.  
614 Landwirtschaftliche Flächen sollen stärker für lokale Lebensmittelproduktionen und  
weniger  
615 für Treibstoffe, Futtermittel oder für den Verkauf vorgesehene Anbaufrüchte verwendet  
werden. Der Anbau sollte entsprechend der Nachfrage mehr auf lokale und regionale  
617 klimaresiliente Sorten gefördert und lokal vermarktet werden. Dies muss folgerichtig  
618 einhergehen mit einer Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des Fleischkonsums vor  
allem in  
619 den Ländern des Globalen Nordens. Die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen  
wollen wir  
620 stärken. Dabei spielen insbesondere Landrechte – gerade auch für Frauen – eine  
essenzielle  
621 Rolle. Den Zugang zu freiem Saatgut und Möglichkeiten zur lokalen Vermarktung  
wollen wir  
622 fördern, zum Beispiel bei der Gründung von Produktions- und Absatzgenossenschaften.

623 Nahrungsmittel- und Wasserspekulationen werden wir stärker regulieren. Durch diese  
Maßnahmen  
624 kann die Abhängigkeit von Staaten vom Getreideweltmarkt reduziert werden.

625 Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften  
626 funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale

627 Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für  
soziale  
628 Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social  
Protection“  
629 verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung  
von Aids,  
630 Tuberkulose und Malaria gleichen.  
631 Um für künftige Pandemien besser vorbereitet zu sein, unterstützen wir die  
Entwicklung eines  
632 Pandemie-Vertrags der Weltgesundheitsorganisation. Wir setzen uns dafür ein, dass  
dieser  
633 Vertrag robuste Mechanismen beinhaltet um in künftigen Pandemien schnelleren und  
gerechteren  
634 weltweiten Zugang zu Gesundheitsprodukten zu sichern. Wir begrüßen die WTO-  
Entscheidung zur  
635 Einschränkung des Patentschutzes für Covid-19 Impfstoffe. Wir setzen uns zudem  
dafür ein,  
636 dass solche Maßnahmen dort, wo freiwillige Produktionspartnerschaften nicht  
ausreichen, auch  
637 auf Therapeutika und Diagnostika für Covid-19 ausgeweitet werden können  
638 Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-  
Pandemie neue  
639 Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das  
Schuldenmoratorium der  
640 G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen.  
Unser  
641 Ziel ist ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement. Wir unterstützen  
eine  
642 Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das  
öffentliche  
643 und private Gläubiger\*innen miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders  
644 gefährdete Ländergruppen vorsieht. Als konkreten Beitrag wollen wir ein Gesetz zur  
645 Restrukturierung ausländischer Staatsschulden mit dem die Ergebnisse internationaler  
646 Umschuldungsverhandlungen in Deutschland verbindlich gemacht werden.  
647 Feministische Entwicklungspolitik ist Teil der feministischen Außenpolitik und bedeutet,  
die  
648 Förderung und die Belange von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in den  
649 Vordergrund zu stellen und sie gezielt in Entscheidungsprozesse einzubinden. Wir  
setzen uns  
650 dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus  
651 Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen „Equality Fund“  
direkt  
652 gefördert werden.  
653 In autokratischen Kontexten müssen wir uns schließlich bewusst sein, dass die Logik  
von  
654 Regimestabilisierung oft im Widerspruch zu den Zielen von gerechter, nachhaltiger  
und

655 menschenrechtsbasierter Entwicklung steht. So werden finanzielle Ressourcen über  
Korruption  
656 und Nepotismus häufig nach Loyalitäten gegenüber einer autokratischen  
Staatsführung  
657 verteilt. Gerade in solchen Kontexten ist es daher besonders wichtig, sich nicht nur auf  
658 Projektebene, sondern auch in Regierungsverhandlungen für mehr Freiräume für die  
lokale  
659 Zivilgesellschaft, für unabhängige Medien und die Einhaltung der Menschenrechte  
einzusetzen.